

# «Sparprogramm hat kritische Punkte»

- 01.10.2024
- Schaffhauser Nachrichten
- Till Burgherr

Cornelia Stamm Hinter ist Finanzdirektorin des Kantons Schaffhausen, ihr Mann, Thomas Hurter, ist SVP-Nationalrat für den Kanton Schaffhausen. Im Interview nehmen die beiden Stellung zu den Sparplänen des Bundesrats. Cornelia Stamm Hurter ist Schaffhauser Regierungsmitglied, Thomas Hurter ist SVP-Nationalrat. BILD KEY/ROBERTA FELE Till Burgherr Der Bund will sparen. Der Haushalt soll um rund 3,5 Milliarden Franken pro Jahr gekürzt werden.

Geht das auf Kosten der Kantone, Frau Stamm Hurter? Cornelia Stamm Hurter: Gesunde Bundesfinanzen sind im Interesse aller, weshalb die Kantone grundsätzlich Verständnis für das Anliegen haben. Das vom Bund präsentierte Sparprogramm enthält diverse kritische Punkte, die einseitige Lastenabwälzungen auf die Kantone zur Folge haben. Diese haben keinen echten Spareffekt und gefährden das von Bund und Kantonen im Sommer gestartete Projekt «Entflechtung 27», das mittels klarer Zuständigkeitszuteilung bei Aufgabenerfüllung von Bund und Kantonen mehr Effizienz schaffen will. Thomas Hurter: Es ist so, dass oft auch die Kantone von Sparprogrammen betroffen sind, da viele Arbeiten im Verbund von Bund und Kantonen ausgeführt werden. Allerdings ist es so, dass im Parlament der Trend besteht, vieles zu Bundesaufgaben zu machen.

Dies, obschon die Kantone mit den lokalen Verhältnissen viel vertrauter sind, wie zum Beispiel bei der Förderung von Kindertagesstätten. Wenn etwas zur Bundesaufgabe gemacht wird, soll auch der Bund dafür aufkommen! Die Sparpläne vom Bundesrat sehen laut Ernst Stöcker, Präsident der Finanzdirektorenkonferenz, Kostenverschiebungen vom Bund zu den Kantonen vor. Inwiefern wehren Sie sich gegen diese Entwicklung, Frau Stamm Harter? Stamm Hurter: Der Bund wird die Kantonsregierungen Anfang des nächsten Jahres einladen, sich im Rahmen des ordentlichen Vernehmlassungsverfahrens zum Massnahmenpaket zu äussern. Zudem wird der Vorstand der Konferenz der kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren, dem ich angehöre, die einzelnen Massnahmen genau prüfen, deren Auswirkungen auf die Kantone einschätzen und seine Sicht der Dinge darlegen. Im Moment sehen die Finanzen des Kantons Schaffhausen besser aus als jene des Bundes.

Täuscht dieser Eindruck, Frau Stamm Hurter? Stamm Hurter: Die respektablen Eigenmittel des Kantons erscheinen grundsätzlich positiv. Dies wird jedoch unter Berücksichtigung der kumulierten budgetierten Aufwandsüberschüsse der nächsten Jahre, der hohen Zahlungen in den Nationalen Finanzausgleich - kurz NFA - sowie der anstehenden grossen Nettoinvestitionen relativiert. So gehen wir aufgrund der aktuellen Schätzungen davon aus, dass der Kanton Schaffhausen einen kumulierten Betrag von rund 500 Millionen Franken an Ausgleichszahlungen in den NFA für die Jahre 2025 bis 2034 leisten muss. Längerfristig wird auch die demografische Entwicklung zwangsläufig zu wachsenden Kosten gerade in den Bereichen Gesundheit, Langzeitpflege, Bildung und Sicherheit führen, was den finanziellen Spielraum des Kantons und der Gemeinden in den nächsten Jahren spürbar einengen wird. Herr Hurter, Sie politisieren für die SVP in Bern.

Heute lastet zu viel auf den Schultern des Bundes. So scheint es jedenfalls, wenn man die Finanzen der Kantone mit jenen des Bundes vergleicht. Könnten die Kantone die finanziellen Fasten des Bundes zum Teil kompensieren? Hurter: Nur weil ein grosser Teil des Parlaments ständig neue Bundesaufgaben erfindet respektive die Verantwortung der Kantone entzieht, müssen dies noch lange nicht die Kantone ausbaden. Wir müssen im eidgenössischen Parlament wieder vermehrt lernen, dass Eigenverantwortung gefragt ist und nicht alles vom Staat geleistet werden muss. Der Bundesrat will künftig weniger in den Fastenausgleich zwischen den Kantonen einzahlen.

Was löst das bei Ihnen aus, Frau Stamm Hurter? Stamm Hurter: Die Konferenz der Kantone hat

bereits klar zum Ausdruck gebracht, dass die Kantonsregierungen die vorgeschlagene Änderung des Nationalen Finanzausgleichs ablehnen. Eine Senkung des soziodemografischen Lastenausgleichs durch den Bund würde den im Jahre 2020 nach langem Feilschen gefundenen Kompromiss gefährden und das Verhältnis zwischen ressourcenstarken und ressourcenschwachen Kantonen aus der Balance bringen. Was sagen Sie dazu, Herr Hurter? Hurter: Der Lastenausgleich dient dazu, dass die Kantone weiterhin konkurrenzfähig bleiben können, nicht zuletzt auch dort, wo sie wenig beeinflussen können. Diesen zu kürzen, ist zu einfach. Statt dort zu kürzen, sollte sich der Bund überlegen, warum er bei einem 80-Milliarden-Budget nicht fähig ist, ein paar Milliarden selber einzusparen.

In der aktuellen Session wurde ein Antrag auf Änderung des Lastenausgleichs im Parlament abgelehnt. Das zeigt, dass niemand den gefundenen Kompromiss gefährden möchte. Laut Bundesrat sollen sich die Kantone an den gestiegenen Armeeausgaben beteiligen. Würden es die Finanzen des Kantons Schaffhausen erlauben, hier einen Beitrag zu leisten, Frau Stamm Hurter? Stamm Hurter: Die Armee ist eine Bundesaufgabe, weshalb es nur folgerichtig ist, dass der Bund nach dem Prinzip der fiskalischen Äquivalenz («Wer zahlt, befiehlt -Wer befiehlt, zahlt») auch dafür aufkommt. Ganz abgesehen davon würde es den Kanton bei einer Kürzung des Kantonsanteils an der Direkten Bundessteuer besonders hart treffen, da er im Vergleich zu seiner Grösse einen überproportional hohen Anteil an Direkter Bundessteuer an den Bund liefert, wohingegen die Bundesausgaben im Kanton Schaffhausen nicht sehr bedeutsam sind.

Der Kanton Schaffhausen ist mit 5324 Franken pro Kopf der drittgrösste Nettozahler an die Bundesaktivitäten. Ist die Armee auch Sache der Kantone, Herr Hurter? Hurter: Selbstverständlich ist die Armee auch Sache der Kantone. Infrastrukturen, Übungsgelände, Zeughäuser und vieles mehr tragen die Kantone. Die Finanzierung der Armee ist und bleibt aber Bundessache. Deshalb ist der Bund gefordert, eine eigene Lösung zu finden.

Haben Sie Ihren Mann in dieser Sache gebrieft, Frau Stamm Hurter? Stamm Hurter: Bei uns wird nicht gebrieft, sondern gegenseitig informiert. Jeder entscheidet für sich selber. Selbstverständlich richten wir unser Handeln immer danach, dass es im Interesse unserer Bevölkerung und unserer Region ist. Dafür sind wir auch gewählt. Herr Hurter, gibt es bei dieser Sparübung einen Punkt, wo Sie anderer Meinung sind als Ihre Frau? Hurter: Nein, da sind wir gleich unterwegs.

Wie organisieren Sie das privat, wenn es ums Sparen geht? Hurter: Grössere Anschaffungen oder Ausgaben besprechen wir immer gemeinsam. Oft geht es aber auch darum, dass die Folgekosten bedacht werden müssen. Denn, wer nur anschafft, kann ziemlich schnell Überraschungen erleben, was weitere Kosten betrifft. Stamm Hurter: Für mich ist ein haushälterischer, vorausschauender Umgang mit den Finanzen zentral: Spare in der Zeit, so hast du in der Not..